

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Agrarpreise - D-Mark -  
Vermögensverteilung - Arzneimittelpreise - UdSSR-BRD**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Kurz kommentiert: Agrarpreise - D-Mark - Vermögensverteilung - Arzneimittelpreise - UdSSR-BRD, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 5, pp. 227-228

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134537>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# KURZ KOMMENTIERT

## Agrarpreise

### Wahnsinn mit Methode

Am „Tag der Arbeit“ ging in Luxemburg das alljährlich wiederkehrende Trauerspiel der EWG-Agrarpreisfestsetzung zu Ende. Wer geglaubt hatte, daß die Landwirtschaftsminister angesichts der Überschußproduktion eine zurückhaltende Preispolitik betreiben würden, wurde zumindest auf dem Milchsektor eines Schlechteren belehrt.

Vor der Kulisse des Butterberges beschlossen die Minister, den Interventionspreis für Butter zu senken, um den Verbrauch zu stimulieren. In bezug auf die Erzeugerseite wurden Prämien zur Umstellung der Milch- auf die Fleischerzeugung vereinbart. Gleichzeitig machte die Ministerrunde jedoch diesen Prämien Konkurrenz durch eine kräftige Erhöhung des Milchpreises, wodurch eine verlangsamte Zunahme, geschweige denn eine Abnahme der Milchproduktion zweifelhaft wird.

Steigende Milchpreise bei sinkenden Preisen für MilCHFett (Butter) zwingen zu Preiserhöhungen bei Milcheiweißprodukten (Käse). Reagiert die Nachfrage daraufhin rückläufig, so entstehen Milchpulverberge. Je nach Preisrelation zwischen Fett- und Eiweißprodukten der Milch und je nach Verbraucherreaktion sind Kombinationen von Butterbergen und Milchpulverbergen möglich. Nicht möglich ist eine Abnahme der Summe der Berge, solange die Milchproduktion schneller zunimmt als die Nachfrage.

Da den Ministern diese Zusammenhänge bekannt sein dürften, scheint der Hauptzweck der Verhandlungen die Erlangung von Vorteilen für nationale Interessengruppen zu sein. Warum sonst trägt bei der üblichen Personalunion gewöhnlich der Landwirtschaftsminister den Sieg über den Ernährungsminister davon? Unter diesem Aspekt finden sich in klassischen Trauerspielen durchaus aktuelle Bezüge zum Luxemburger Spektakel. Es klingt, als charakterisiere Shakespeares Polonius nicht die Reden Hamlets, sondern die Europäische Agrarpolitik, wenn er feststellt: „Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode.“ kö

## D-Mark

### Reservewährung wider Willen

In ihrem jüngsten Geschäftsbericht stellt die Bundesbank eine zunehmende Verlagerung von Währungsreserven aus dem Dollar in andere Währungen fest. In diesem Zusammenhang äußert sie die Vermutung, daß die DM nach dem Dollar bereits die zweitwichtigste Reservewährung geworden ist. Statistisch genau ermitteln läßt sich

dies nicht, da allenfalls die DM-Guthaben ausländischer Währungsbehörden im deutschen Bankensystem erfaßbar sind, nicht jedoch die Anlagen am Euro-DM-Markt und in DM-Wertpapieren.

So erfreulich manchem die wohl doch noch vorhandene Stabilität der DM und das ihr international entgegengebrachte Vertrauen erscheinen mag, so bedenklich kann diese Entwicklung jedoch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten sein. Das Schicksal des Pfund Sterling und des US-Dollar sind dafür abschreckende Beispiele. Selbst wenn dieser Leidensweg von der DM nicht unbedingt nachvollzogen werden muß, können sich auch jetzt schon negative Auswirkungen für die BRD ergeben. Zum einen entstehen ihr Kosten und Paritätsänderungsrisiken durch die Konversion von Dollar in DM. Zum anderen erhöhen sich ihre Schwierigkeiten bei der Steuerung der inländischen Liquidität.

Aber auch aus internationaler Sicht kann eine zunehmende Reservendiversifizierung unerwünscht sein, bedeutet sie doch eine unkontrollierte Aufblähung der ohnehin reichlich vorhandenen internationalen Liquidität. Um das zu verhindern, müßten für die Schaffung internationaler Liquidität verbindliche Regeln aufgestellt werden, die im System von Bretton Woods fehlten. Die Formulierung dieser Regeln gehört daher zu einer der vordringlichsten Aufgaben bei der Reform des Weltwährungssystems. Bis dieses Ziel erreicht ist, muß die BRD auf nationaler Ebene oder im Rahmen der EWG versuchen, die zunehmende Verwendung der DM als Reservewährung zu verhindern. bg

## Vermögensverteilung

### Neue Akzente

Nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen haben die Sozialdemokraten in Hannover ihr Vermögensbildungsmodell verabschiedet. Die „Leitsätze der SPD zur Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen“ sehen vor, daß alle Unternehmen mit einem Steuerbilanzgewinn ab 400 000 DM einen bestimmten Prozentsatz ihres Gewinns in Form von Beteiligungspapieren an einen zentralen Fonds abführen. Dieser wiederum soll kostenlos Zertifikate an Arbeitnehmer mit Einkommen bis 36 000 DM jährlich (Verheiratete 48 000 DM) abgeben. Die Zertifikate und die anfallenden Zinsen sollen einer siebenjährigen Sperrfrist unterliegen.

Wie schon der geringe Betrag (ca. 200 DM je Berechtigten bei einem jährlichen Fondsaufkommen von 5 Mrd. DM) vermuten läßt, geht es der

SPD mit der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital nicht um die Schaffung individuellen Reichtums. Es wird vielmehr beabsichtigt, die einseitige Vermögensverteilung in der BRD durch eine Eigentumsbildung kollektiver Art zu korrigieren, um auf diesem Wege eine Veränderung bestehender gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen einzuleiten.

Inwieweit die SPD jedoch ihre Vorstellungen realisieren kann, werden die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner zeigen. Die Modelle beider Parteien weisen zwar erstaunliche Parallelen auf (z. B. Umwandlung des abzuführenden Gewinnanteils in Beteiligungspapiere). Doch bestehen unterschiedliche Auffassungen sowohl über Einzelheiten der technischen Ausgestaltung (Kreis der Berechtigten, Kontrolle des Fonds) als auch vor allem über die zugrundeliegende Zielsetzung, da die FDP ihr Modell als eine Fortführung der bisherigen Vermögensbildungspolitik auch in bezug auf das Produktivvermögen verstanden wissen will. Die SPD wird deshalb möglicherweise nicht umhin können, dem Wähler ihre Absichten bewußt zu machen und ihn dafür zu gewinnen. te

#### Arzneimittelpreise

### England gegen La Roche

Der Schweizer Pharma-Konzern Hoffmann/La Roche war den britischen Behörden schon lange ein Dorn im Auge. Nun hat die Monopolkommission eine vielbeachtete Aktion gegen seine englische Tochtergesellschaft gestartet. Durch den Vorwurf zu hoher Preise und übermäßiger Gewinne wurden drastische Preissenkungen erzwungen. Außerdem fordert die Regierung die Rückzahlung der vom staatlichen Gesundheitsdienst „zuviel“ gezahlten Beträge.

Dabei wies die Roche Products Ltd. nur einen unverdächtig niedrigen Ertrag aus. Die Masse der Gewinne wurde nämlich durch erhöhte konzerninterne Transferpreise für patentierte Grundsubstanzen zur publizitätsscheuen Konzernmutter in die Schweiz verschoben. Gegenüber dem Preis für identische Produkte auf dem nicht durch Patente geschützten Italienischen Markt wurde der englischen Tochter fast das Fünzigfache in Rechnung gestellt.

Die Bedeutung dieser Angelegenheit liegt auf zwei Ebenen: Zunächst erscheint es nicht unmöglich, daß aus der britischen Initiative eine weltweite Aktion gegen die Preispolitik von La Roche entsteht. Denn die britischen Preise sind im Vergleich zu anderen patentgeschützten Märkten noch als niedrig anzusehen. In Australien, der BRD und bei der EWG-Kommission wurden schon ent-

sprechende Untersuchungen eingeleitet. Andere Pharma-Konzerne verfolgen die Vorgänge mit Nervosität.

Weiterhin werden durch diesen Vorfall die gerade in jüngster Zeit häufig kritisierten multinationalen Unternehmen abermals in die Schußlinie gebracht. Denn trotz aller gegenteiligen Behauptungen hat die von den Unternehmen vertretene These, Transferpreise würden nicht zur Gewinnverschiebung benutzt, noch mehr von ihrer ohnehin nur geringen Glaubwürdigkeit eingebüßt. Der Fall La Roche wird sicher weitere Kreise ziehen. ju

#### UdSSR – BRD

### Neue Form der Kooperation

Ein Vorreiter für die Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten Osteuropas, der Salzgitterkonzern, galoppiert nach bisher vorliegenden Informationen seinen westlichen Konkurrenten ein weiteres Mal um Längen voraus. Während bisher zwischen der UdSSR und den Unternehmen des nichtsozialistischen Auslandes kein reines Kooperationsabkommen abgeschlossen wurde – eine sowjetisch-finnische Papierfabrik bildet hier eine Ausnahme –, soll mit den Sowjets unter Einbeziehung der Korf-Gruppe im Verlauf dieses Jahres eine gemeinsame Gesellschaft in Form einer GmbH gegründet werden, die gemeinschaftlich erworbenes wissenschaftlich-technisches Know-how weltweit anbietet. Dabei ist vorgesehen, daß die Erkenntnisse und Verfahren verwertet werden, die bei dem geplanten Stahlwerkprojekt bei Kurs anfallen, bei dem die Direktreduktion von Erzpellets in großem Umfang praktiziert wird und mit dessen Bau voraussichtlich 1974 begonnen wird, und bei einem weiteren Polyäthylenwerk, das Salzgitter in die Sowjetunion liefern soll.

Für die UdSSR verspricht die Gründung einer Know-how-Gesellschaft eine gleichsam doppelte Absicherung des wirtschaftlichen Wachstums. Zum einen erhält man durch den Bau eines Stahl- und Polyäthylenwerkes zusätzliche westliche Technologie, die der Überwindung der im Verhältnis zur Industrieproduktion niedrigen Arbeitsproduktivität dient. Zum anderen erbringt die kommerzielle Nutzung der aus den genannten Werken neu gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen in der geplanten Know-how-Gesellschaft zusätzliche Devisen, die die Möglichkeit des Einkaufs hochwertiger Maschinen und Anlagen aus dem westlichen Ausland eröffnen. Für den Westen zeigt sich auf diesem Gebiet der langfristigen Zusammenarbeit mit der UdSSR die Chance, von den bisherigen Formen handgestrickter Kompensationsgeschäfte zu weiterführenden höheren Kooperationsformen zu gelangen. pl